

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **138 (2011)**

PDF erstellt am: **11.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2010

JÜRGEN BÜHLER, HERISAU

Die wirtschaftliche und bevölkerungsmässige Entwicklung war im Verlaufe des Jahres 2010 immer wieder ein Thema in den verschiedensten Gremien und an wechselnden Veranstaltungen. Tatsache ist, dass in Ausserrhoden die Bevölkerungszahl, trotz verschiedenen Anstrengungen, nicht steigt, sondern nach einem kleinen Wachstum in den Vorjahren, wieder leicht rückläufig ist. Ende Jahr waren 53 142 Bewohnerinnen und Bewohner registriert, Ende 2009 waren es noch 53 316 Personen gewesen. Aufschlussreich ist auch der von der Regierung bei der Firma Ecopol in Auftrag gegebene laufende Monitoringbericht, der die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Lebensraum und der öffentlichen Haushalte wiedergibt. Der Bericht stellt zwar eine Entwicklung aller Bereiche in die richtige Richtung fest, diese verläuft jedoch zu langsam. Der Lebensraum zeichnet sich durch schöne Landschaften, durch eine weitgehend intakte Natur aus, heisst es im Bericht. Im Wohnungsbau aber liegt Ausserrhoden hinter den meisten anderen Kantonen zurück. Das Wohnungsangebot entspricht nicht mehr den Ansprüchen breiter Bevölkerungsschichten, und in den Dörfern harren (zu) viele

Bauten einer Sanierung. Gut steht es dafür laut dem Bericht um die öffentlichen Finanzen: Ausgaben und Einnahmen steigen im Gleichschritt. – Anfang August hat der freisinnige Ausserrhoder Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Herisau, nach sieben Jahren im Amt seinen Rücktritt auf Ende Oktober angekündigt. Seine politische Karriere hatte mit seiner Wahl in den Ständerat an der Landsgemeinde 1997 begonnen. Der Zeitpunkt zum Rücktritt sei gekommen, sagte Merz: «Man hat etwas erreicht, und jetzt sollen neue Kräfte neuen Zielen zustreben.»

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene hatten die Stimmberechtigten 2010 über sieben Vorlagen zu befinden. Bei allen Vorlagen deckte sich das Ergebnis in Appenzell Ausserrhoden mit dem gesamtschweizerischen Abstimmungsausgang.

7. März	Ja	Nein
Senkung BVG-Mindestumwandlungssatz	5581	11 694
Verfassungsartikel über Forschung am Menschen	11 856	5 125
Tierschutzanwaltschaft-Initiative	4899	12 598



Der freisinnige Ausserrhoder Hans-Rudolf Merz trat Ende Oktober als Bundesrat zurück und verabschiedete sich damit von der politischen Bühne.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Die Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes wurde im Kanton mit 67,7 Prozent abgelehnt, gesamtschweizerisch betrug der Nein-Anteil 72,7 Prozent. Der Verfassungsartikel «Forschung am Menschen» wurde mit 69,8 Prozent angenommen, schweizweit machten die Ja-Stimmen 77 Prozent aus. Zur Tierschutzanwaltschaft-Initiative sagten in Ausserrhoden 72 Prozent Nein, gesamtschweizerisch lehnten 70,5 Prozent die Vorlage ab.

26. September	Ja	Nein
Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz 7962	5423	

Die Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung ist in Ausserrhoden und gesamtschweizerisch gutgeheissen worden. Während in Ausserrhoden 59,5 Prozent der Stimmenden Ja sagten, waren es gesamtschweizerisch mit 53,4 Prozent deutlich weniger.

28. November	Ja	Nein
Ausschaffungsinitiative	11 867	9214
Gegenvorschlag der Bundesversammlung	9628	11 199
Steuergerechtigkeits-Initiative	7972	12 726

Die von der SVP lancierte Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer wurde mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 52,9 (Schweiz) bzw. 56 Prozent (Appenzell Ausserrhoden) angenommen. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung vereinigte in Ausserrhoden 46,2 Prozent Ja-Stimmen auf sich, auf eidgenössischer Ebene waren es 45,8 Prozent. Bei der Stichfrage erhielt gesamtschweizerisch und im Kanton die Ausschaffungsinitiative mehr Stimmen. Die von der SP lancierte Steuergerechtigkeits-Initiative wurde in Ausserrhoden mit 61,5 Prozent Nein, gesamtschweizerisch mit 58,5 Prozent verworfen.

Kantonale Abstimmungen

Die Ausserrhoder Stimmberechtigten durften im Berichtsjahr an zwei Wochenenden über mehrere kantonale Vorlagen abstimmen. Innerhalb und auch ausserhalb des Kantons fand

dabei die Initiative zur Wiedereinführung der Landsgemeinde die grösste Aufmerksamkeit. Bei den anderen Vorlagen ging es um den Beitritt zum HarmoS-Schulkonkordat, um einen Kredit für die Umnutzung des Zeughauses in Herisau und um das Wahlverfahren für die Mitglieder der Gerichte.

7. März	Ja	Nein
Baukredit zur Umnutzung Zeughaus Herisau	11 658	4513

Unbestritten war an der Urne der 18,5-Millionen Franken-Kredit für den Umbau des Zeughauses in Herisau für die Zwecke der kantonalen Verwaltung, insbesondere für die Kantonspolizei. Der Kredit wurde mit einer Ja-Mehrheit von 72 Prozent gutgeheissen, abgelehnt wurde die Kreditvorlage einzig in Trogen, wo die Kantonspolizei zurzeit noch domiziliert ist.

13. Juni	Ja	Nein
Initiative Wiedereinführung der Landsgemeinde	4845	11 461
Beitritt zum HarmoS-Konkordat	7012	9076
Kantonsrat als Wahlorgan für die Gerichte	6324	5595
Stimmberechtigte als Wahlorgan für die Gerichte	7256	4278
Stichfrage Wahlorgan:		
Stimmberechtigte 6971 / Kantonsrat 4941		

Die Abstimmung über die Wiedereinführung der Landsgemeinde gab im Vorfeld landauf, landab zu reden – doch an der Urne hatte die Vorlage keine Chance und wurde mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 70,3 Prozent deutlich verworfen. In keiner Gemeinde fand die Initiative eine Mehrheit. Am klarsten war die Ablehnung in Schwellbrunn mit 78,9 Prozent. Lediglich in Trogen und Wald lag der Anteil der Nein-Stimmen unter 60 Prozent.

Der Beitritt zum Schulkonkordat HarmoS, der einzig von der SVP bekämpft worden war, fand keine Mehrheit und wurde mit 56,4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Zustimmung fand die Vorlage lediglich in Speicher und Rehetobel. Bei der Teilrevision der Kantonsver-



Enttäuschte Gesichter bei den Landsgemeinde-Befürwortern nach dem klaren Nein der Stimmberechtigten zur Wiedereinführungsinitiative.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

fassung ging es um das Wahlverfahren für die Mitglieder des Obergerichts. Sowohl die Wahl durch die Stimmberechtigten (62,9 Prozent) als auch die Wahl durch den Kantonsrat (53,1 Prozent) wurde gutgeheissen. Bei der Stichfrage votierten 6971 Personen für die Stimmberechtigten als Wahlorgan, 4941 wollten die Kompetenz dem Kantonsrat übertragen.

Kantonsrat

Der Kantonsrat hat an insgesamt sechs Sitzungstagen eine Vielzahl von Geschäften erledigt. So war unter anderem die kantonale Gesetzgebung an die neuen Bundesprozessordnungen im Zivil- und im Strafrecht anzupassen. Erwähnenswert ist auch die Genehmigung der Vereinbarung mit dem Kanton St.Gallen über den Lastenausgleich im Bereich der Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung.

An seiner Sitzung vom 22. Februar befasste sich der Kantonsrat in zweiter Lesung mit der Initiative zur Wiedereinführung der Landsgemeinde. Mit 58 Ja gegen 4 Nein bei zwei Enthaltungen stützte er die Haltung von Regierung und vorberatender Kommission, dem Volk sei die Initiative zur Wiedereinführung der Landsgemeinde zur Ablehnung zu empfehlen. Wieder einmal machten drei Teilnehmende an der Volksdiskussion von ihrem Recht Gebrauch, ihre Argumente vor dem Rat persönlich darzu-

legen. Von Seiten des befürwortenden Komitees traten Bettina Bernhardsgrütter-Preisig aus Stein, die junge Teufnerin Anneliese Hummler, die zu den Initiantinnen der Gruppe «faire-landsgemeinde.ch» gehört, und der ehemalige FDP-Kantonalpräsident und Kantonsrat Arthur Bolliger, ebenfalls aus Teufen, auf. Der Kanton habe seit der Abschaffung der Landsgemeinde an Profil verloren, er sei «gewöhnlich und farblos» geworden. Eine «neue» Landsgemeinde wäre eine grosse Chance, sagten sie. Regierungsrat Jürg Wernli machte als Vorsteher des federführenden Departements klar, dass man nach einem allfälligen Ja bei der Umsetzung im Gegensatz zur Besitzstandswahrung an enge rechtliche Leitplanken gebunden wäre, wie dies Gutachten aufgezeigt hätten. Sämtliche Fraktionen sprachen sich erwartungsgemäss für eine ablehnende Empfehlung an die Stimmberechtigten aus. Abgelehnt wurde mit 53 Nein bei 11 Ja ein Antrag, auf eine Empfehlung zu verzichten. – Der Kantonsrat sprach sich auch in zweiter Lesung grundsätzlich für den Beitritt zum HarMoS-Konkordat aus, er hat jedoch das Behördenreferendum beschlossen, so dass eine Volksabstimmung durchzuführen war. Wie schon in der ersten Lesung sprach sich vor allem die SVP gegen HarMoS aus, mit dem Hauptargument, den Erziehungsberechtigten würde mehr und mehr

Kompetenz abgesprochen. – Die Beratung über die Teilrevision der Kantonsverfassung betreffend Gerichte endete mit einer Niederlage für den Regierungsrat. Der Kantonsrat stimmte den Änderungsanträgen der Parlamentarischen Kommission zu. Anstelle der Stimmberechtigten sollte künftig das Parlament die Mitglieder des Obergerichts wählen. Die Regierung wollte am Grundsatz, wonach die obersten Behörden vom Volk gewählt werden, festhalten. Weiter schloss der Kantonsrat aufgrund der Gewaltentrennung die Gemeinderatsmitglieder und Angestellten der kantonalen Verwaltung von der Richtertätigkeit aus. Das letzte Wort sollte auch hier das Volk haben.

Wegen des Dunant-Jahrs fand die Kantonsratssitzung vom 22. März im Kursaal Heiden statt. Im Mittelpunkt standen Fragen rund um die Notwendigkeit von Strukturreformen und Fusionen von Gemeinden. Die im regierungsrätlichen Bericht über die Wirksamkeit des kantonalen Finanzausgleichs (KFA) gemachten Äusserungen zum Thema «Gemeindefusionen» hatten für Verwirrung gesorgt. Im Bericht wird unter anderem die grundlegende Frage aufgeworfen, wie weit mit dem geltenden Finanzausgleich Strukturerhaltung betrieben werde. Die Regierung forciere das Thema «Gemeindefusionen» nicht, sagte Finanzdirektor Köbi Frei (SVP, Heiden), es müsse von den Ge-

meinden angeregt werden. Mit Verweis auf die Verfassung sagte er, das heutige System mit der starken föderalen Ausrichtung und dem Schutzmechanismus für steuerschwache Gemeinden dürfe als wirkungsvoll und politisch gewollt bezeichnet werden.

Die SP-Fraktion liess ausrichten, dass es vorzuziehen sei, aus dem Bericht den Schluss zu ziehen, die Gemeindestrukturen seien gefestigt, denn dies könne für den Beginn eines notwendigen Prozesses zur Überdenkung von Strukturen hinderlich sein. Die finanzielle Situation der Gemeinden spiele eine Rolle, dürfe aber nicht das einzige Kriterium sein, so die Haltung der SP. Eher gegenteiliger Ansicht war die SVP. Durch die Mindestausstattung würden kleinere Gemeinden massgeblich unterstützt und so finanziell partnerschaftlich vom Kanton gestärkt. Wichtiger als das Thema «Strukturreform» ist dem Regierungsrat ein Wachstum, sowohl bei der Bevölkerungszahl als auch bei der Ressourcenkraft. – Der Regierungsrat lehnte zwei SP-Interpellationen bezüglich Armutsbekämpfung ab. Das Parlament lehnte eine Diskussion mit 41 Nein zu 19 Ja und bei 2 Enthaltungen ab. – Im Weiteren genehmigte der Kantonsrat das Archivgesetz in zweiter Lesung oppositionslos und nahm den ersten Bericht über die Wirksamkeit des kantonalen Finanzausgleichs (KFA) und über den Stand der Aufgabenent-



Im Zeichen des Dunant-Jahres fand die März-Sitzung des Ausserrhoder Kantonsrats im Kursaal in Heiden statt.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

flechtung zur Kenntnis. – Am Nachmittag besuchten Parlamentarier und Regierung das Dunant-Museum. Anschliessend folgte ein Referat von IKRK-Präsident Jakob Kellenberger. Der Walzenhauser Bürger und Schweizer Diplomat, der einen Grossteil seiner Jugendzeit in Arbon verbrachte, wurde 1944 in Heiden geboren.

Die Staatsrechnung 2009 stand im Mittelpunkt der Sitzung des Kantonsrats vom 3. Mai. Zu reden gaben die Nachtragskredite und der Zuwachs beim Personalaufwand. Die Staatsrechnung 2009 schloss nicht nur gut, sondern mit einem Einnahmenüberschuss von 12,5 Mio. Franken um 8 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das gute Ergebnis ist auf Mehreinnahmen bei den Spezialsteuern und auf Minderausgaben zurückzuführen. Bei den natürlichen Personen wurden die Vorgaben aus dem Budget um 1,6 Mio. Franken unterschritten, bei den juristischen Personen hingegen legte Ausserrhoden um 40 Prozent zu. Dieses Ergebnis wurde von der Regierung auf die Steuerstrategie zurückgeführt. Im Parlament erhielt der Regierungsrat von den Fraktionen Lob, und die Vorlage kam ohne Gegenstimmen durch. Doch die Parlamentarier waren nicht nur wohlwollend. Sie tadelten und hoben den Mahnfinger. Gleich mehrere Fraktionen bemängelten wie in den Vorjahren die gesprochenen Nachtragskredite. Lieber später nachbessern als die Budgets von Anfang an aufzublasen, sagte Finanzdirektor Köbi Frei dazu. Mehrere Fraktionen kritisierten im Weiteren den erneut angestiegenen Personalaufwand (plus 6,4 Prozent). – Der Kantonsrat befasste sich auch mit diversen Rechenschafts- und Jahresberichten. Im Rechenschaftsbericht der Regierung zog Landammann Jakob Brunnschweiler (FDP, Teufen) ein positives Fazit. Beim Regierungsprogramm befindet man sich «im Soll». Vorgelegt wurde auch der Bericht der Stawirtschaftlichen Kommission (StwK). Basierend darauf kritisierten die Fraktionen, der Regierungsrat komme nicht allen Forderungen der StwK nach und baue die Pendenzenliste nicht ab. Landammann Jakob Brunnschweiler trat dieser Darstellung mit



Der parteiunabhängige Heidler Kantonsrat Max Frischknecht wurde im Juni zum neuen Präsidenten des Kantonsrats gewählt. (Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Entschiedenheit entgegen. Mit 58 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen nahm der Rat den Bericht zur Kenntnis. – Der Kantonsrat hiess schliesslich die Teilrevision der Kantonsverfassung in Sachen Gerichtsbarkeit in zweiter Lesung gut. Nach der Zustimmung zu einem Eventualantrag wäre es nun an den Stimmberechtigten, an der Urne zu entscheiden, wer die Mitglieder des Obergerichts wähle, das Stimmvolk oder der Kantonsrat.

Die Wahl des neuen höchsten Ausserrhoders prägte die Kantonsratssitzung vom 7. Juni, mit der zugleich das Amtsjahr 2010/11 eröffnet wurde. Zudem befassten sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in erster Lesung mit dem Justiz- und Energiegesetz. Max Frischknecht (pu, Heiden) wurde als Nachfolger von Ralph Devos (SVP, Heiden) zum neuen Ausserrhoder Kantonsratspräsidenten gewählt.

Erster Vizepräsident wurde Konrad Meier (FDP, Herisau), zweiter Vizepräsident Ivo Mül-

ler (SP, Speicher). – In erster Lesung behandelte der Kantonsrat das Justizgesetz. Der Gesetzgebungsprozess war eine Folge der Bundesjustizreform aus dem Jahr 2000; das Gesetz regelt die Organisation der Gerichte. In der Diskussion setzte sich die Parlamentarische Kommission mit ihren Vorschlägen gegenüber der Regierung meistens durch – etwa am Beispiel der unentgeltlichen Mediation. Der Regierungsrat hatte sich gegen eine Ausdehnung ausgesprochen und mit «schwierig abschätzbaren Kosten» argumentiert. Im Falle von Schutzmassnahmen bei Kindern entschied sich der Kantonsrat – entgegen der Empfehlung der Regierung – gegen eine Kostenüberbindung zulasten der Gemeinden. – Beim Energiegesetz kam es zu einer Überraschung: Der Kantonsrat folgte in einem wichtigen Punkt weder dem Vorschlag der Regierung noch der Empfehlung der vorberatenden parlamentarischen Kommission. Die Mehrheit der Parlamentarier sprach sich dafür aus, dass Neubauten in Zukunft nur noch 60 Prozent ihres Bedarfs mittels nichterneuerbarer Energie abdecken dürfen. Beim Energiefonds, aus dem die Fördermassnahmen bezahlt werden, griff der Kantonsrat ebenfalls korrigierend ein. Der Fonds erhielt mit der Teilrevision eine rechtliche Grundlage. Er wird nun nicht wie vom Regierungsrat vorgeschlagen nur mit Staatsmitteln finanziert, sondern auch mit einem Drittel der Dividendenerträge aus den Beteiligungen des Kantons an Energiegesellschaften.

An der Kantonsratssitzung vom 13. September erfolgte mit dem Ja zum Postulat von Roger Sträuli (FDP, Rehetobel) der Startschuss zur Diskussion über die Gemeindestrukturen. Der Regierungsrat hatte sich bisher in dieser Frage zurückhaltend verhalten mit dem Argument, der Druck müsse aus der Bevölkerung oder von den Gemeinden kommen. Jürg Wernli (FDP, Herisau), Vorsteher des Departements Inneres und Kultur, empfahl das Postulat zur Überraschung vieler zur Annahme, der sanfte Druck sei nun da. Das Postulat von Roger Sträuli war von 23 Parlamentariern unterschrieben worden. Die Regierung erhielt den Auftrag, den Ist-

Zustand mit den Schwächen und Stärken zu analysieren und Bericht zu erstatten. In diesen Bericht sollten bereits mögliche Lösungsansätze Eingang finden. Im Rat machten sich vor allem typische Gemeindevertreter gegen die Vorlage stark, aber ohne Erfolg. – Die Sanierung und Erweiterung der Mensa der Kantonsschule Trogen war unbestritten. Die Zustimmung fiel dementsprechend deutlich aus. Zurzeit gehen in der einzigen Ausserrhoder Kantonsschule 720 Lernende und 140 Angestellte täglich ein und aus. 450 Personen verpflegen sich am Mittag in der Mensa, die nur 150 Plätze bietet. Sie wird nun für 7 Mio. Franken auf 250 Plätze ausgebaut. – Weiter stand das Traktandum «Interkantonale Vereinbarung über den Lastenausgleich mit dem Kanton St. Gallen im Bereich bedeutender überregionaler Kultureinrichtungen» auf der Tagesordnung. Die Vereinbarung regelt die faire Aufteilung der Kosten für die Genossenschaft Konzert und Theater St. Gallen (KTSG). Die Kosten für die überregional wichtige Kultureinrichtung sollten zwischen Kanton und Stadt St. Gallen, den Kantonen Thurgau, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden aufgeteilt werden. Der Regierungsrat betonte die hohe staats- und regionalpolitische Bedeutung der Vorlage. Der jeweilige Beitrag ist an den Zuschauerzahlen der Kantone orientiert; Ausserrhoden hätte somit jährlich rund 1,7 Mio. Franken zu entrichten. Der Kantonsrat stimmte der Vorlage in erster Lesung gegen den Willen der SVP deutlich zu. – In zweiter Lesung gutgeheissen wurde das revidierte Justizgesetz.

An der Kantonsratssitzung vom 6. Dezember genehmigte der Rat das Budget 2011. Bei einem gleichbleibenden Steuerfuss und trotz hohem Aufwandüberschuss von 12 Mio. Franken präsentierte sich die finanzielle Situation des Kantons komfortabel. Der Aufwandüberschuss sei gewollt; das Eigenkapital solle reduziert werden, sagte Finanzdirektor Köbi Frei. Es waren Nettoinvestitionen von 50 Mio. Franken budgetiert. Die Verwaltung wachse unaufhörlich – selbst wenn seit Jahren von einem Personalstopp die Rede sei, warf ein Votant ein.



Die Ausserrhoder Regierung und das Büro des Kantonsrats anlässlich der Budgetdebatte Anfang Dezember.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Insgesamt erntete die Regierung aber viel Wohlwollen für das Budget. Der Rat genehmigte es grossmehrheitlich. Ebenso stimmte er einer Erhöhung der Lohnsumme um 1,8 Prozent für Lohnerhöhungen zu. Mitberücksichtigt werden auch die Regierungsmitglieder. – Von den beiden Businessplänen der Kantonsschule Trogen und des Spitalverbunds konnte der Kantonsrat nur Kenntnis nehmen. Zu reden gab vor allem der Rückgang der Anzahl Lernender beim freiwilligen 10. Schuljahr. Das Parlament stellte die Schliessung des Trogner Standorts in den Raum. Erziehungsdirektor Rolf Degen (FDP, Rehetobel) sprach sich aber gegen einen solchen Schritt aus. – Weiter befasste sich der Rat erneut mit der interkantonalen Vereinbarung, die Appenzell Ausserrhoden binden würde, jährlich 1,7 Mio. Franken an die Finanzierung von Konzert und Theater St. Gallen beizusteuern. Insbesondere die SVP wehrte sich gegen die «Unterstützung der Hochkultur». Derweil betonten zahlreiche Votanten die staatspolitische Bedeutung der Vorlage, die am 13. Februar 2011 vor das Volk kommen würde, und riefen zur Solidarität mit dem Nachbarkanton auf. Der Kantonsrat empfahl die Vorlage mit 44 Ja, 13 Nein und 5 Enthaltungen den Stimmberechtigten zur Annahme.

– Im Weiteren stimmte der Rat einem Kredit von 1,7 Mio. Franken für den Bau einer Zentralsterilisation im Spital Herisau zu. Eine mögliche Auslagerung der Sterilisation nach St. Gallen hätte den Kanton mehr als doppelt so viel gekostet. – Zu guter Letzt standen zahlreiche Traktanden auf der Tagesordnung, die im Zusammenhang mit den neuen Schweizerischen Prozessordnungen stehen, welche am 1. Januar 2011 in Kraft traten. Sämtliche Anpassungen respektive Aufhebungen von Verordnungen waren im Rat unumstritten. Gleichzeitig musste das Parlament die Zahl der Richter am Obergericht festlegen: Neu sind 18 Richter in Trogen tätig. Als Vizepräsidenten wurden Christian Nänny und Aline Auer bis zum 31. Mai 2011 gewählt. Neuer Präsident des Kantonsgerichts ist Walter Kobler.

Staatsrechnung 2010

Die Staatsrechnung 2010 wies einen Ertragsüberschuss von rund 4,6 Mio. Franken aus. Aufgrund der prognostizierten Auswirkungen der Finanzkrise war ein Defizit von rund 15,1 Mio. Franken budgetiert. Dies ergab gegenüber dem Budget 2010 ein um rund 19,7 Mio. Franken besseres Ergebnis. Wesentliche Faktoren für das gute Ergebnis gegenüber dem Budget wa-

ren höhere Erträge bei den kantonalen Steuern von rund 13,1 Mio. Franken sowie bei den Bundessteueranteilen von rund 3,8 Mio. Franken. Es wurden aber auch geringere Aufwendungen als vorgesehen getätigt. So wurden z.B. für die Verbilligung der Krankenkassen-Prämien 1,8 Mio. Franken weniger benötigt als erwartet. Bei den natürlichen Personen ist ein Mehrertrag von 8,4 Mio. Franken entstanden (total 109,4 Mio. Franken). Die Steuerstrategie für juristische Personen mit einem tiefen Gewinnsteuersatz von sechs Prozent hat abermals positive Folgen gezeitigt. Es konnten 0,7 Mio. Franken mehr als budgetiert eingenommen werden (total 8,7 Mio. Franken). Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf rund 34,9 Mio. gegenüber 38,4 Mio. Franken im Budget. Die tieferen Investitionen resultierten aus Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten und Bauvorhaben. Der Selbstfinanzierungsgrad lag bei 92,1 Prozent. Ein leicht geringerer Aufwand in der kantonalen Verwaltung sowie tiefere Abschreibungen aufgrund geringerer Investitionen trugen ebenfalls zum positiven Ergebnis bei. Zudem wurden im Jahr 2010 Nachtragskredite im Umfang von nur 0,6 Mio. Franken bewilligt, was bedeutend weniger ist als in den Vorjahren. In einzelnen Bereichen mussten aber über die budgetierten Zahlen hinaus folgende Beträge aufgewendet werden: soziale Einrichtungen +1,2 Mio., Sonderschulen +1,1 Mio., Jugendstrafvollzugsmassnahmen + 0,7 Mio. und ausserkantonale Hospitalisationen +3,1 Mio. Franken. Aufgrund der Wirtschaftslage kann für die kommenden Jahre 2011 und 2012 mit stabilen Steuererträgen gerechnet werden. Mit dem Eigenkapital von 75,1 Mio. Franken könnten zwei bis drei grössere Defizite aufgefangen werden.

Volkswirtschaft

Die Ausserrhoder Wirtschaft kam, wie die schweizerische, relativ glimpflich durch die Talsohle. Auf die Rezession 2009 folgte im Berichtsjahr eine kräftige Erholung. Bereits im Frühjahr sank die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozent und hielt sich bis Ende 2010 auf dem

Niveau von knapp unter zwei Prozent. Mit der Kurzarbeit konnte den von der Krise betroffenen Personen und Arbeitgebern in Ausserrhoden rasch und unbürokratisch geholfen werden. Die Kurzarbeit reduzierte sich ebenfalls im Jahresverlauf. In der Ausserrhoder Landwirtschaft ging die Strukturbereinigung weiter. Als Folge der Entwicklung des Milchpreises gaben im Berichtsjahr einige Betriebe die Milchproduktion auf.

Wirtschaftsförderung. Fragen unterschiedlichster Art im Zusammenhang mit der Wirtschaft landeten bei der Wirtschaftsförderung. Bei Bedarf wurden die entscheidenden Kontakte vermittelt. Im Rahmen der Bestandespflege wurden im Verlaufe des Jahres rund 20 Betriebe besucht. Diese Plattformen bieten Gelegenheit zum Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft und Politik. Die schwierige Wirtschaftslage war spürbar bei der Ansiedlung von neuen Unternehmen. Verschiedene Projekte stockten, und konkrete Entscheide wurden hinausgeschoben. Im Vergleich zum Vorjahr konnten jedoch etwa gleich viele Unternehmen und Privatpersonen beraten und begleitet werden. Die Wirtschaftsförderung beteiligte sich an verschiedenen Standortpromotionen, und im Rahmen des Standortmarketings bildete das Wohnortmarketing den Schwerpunkt der Aktivitäten. Neu ist Ausserrhoden zudem am Ostschweizer Projekt «Startfeld» beteiligt. Dieses hat sich in Zusammenarbeit mit bestehenden Förderinstitutionen die Positionierung der Ostschweiz als starkes Zentrum von Unternehmergeist und Innovation zum Ziel gesetzt.

Landwirtschaft. Die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft ging weiter. Dies verdeutlicht die Tatsache, dass die Zahl der milchproduzierenden Betriebe in Appenzell Ausserrhoden auf 460 gesunken ist; im Jahr 2000 waren es noch 589 Betriebe. Die Menge der durchschnittlich pro Betrieb produzierten Jahresmilchmenge stieg von 76 000 Kilogramm im Jahr 2000 auf 101 000 Kilogramm Milch. Die Gesamtzahl der Landwirtschaftsbetriebe im Kan-

ton sank auf 809. In den vergangenen zehn Jahren gingen jedes Jahr etwa 14 Betriebe ein. Im Berichtsjahr erbrachten 692 Betriebe, davon 111 Bio-Betriebe, den ökologischen Leistungsnachweis. Insgesamt wurden 2010 rund 34,9 Mio. Franken an Direktzahlungen ausgerichtet; das ist ein Prozent weniger als im Vorjahr. Für rund 11760 Hektaren Land wurden Flächenbeiträge ausgerichtet, davon waren gegen 650 Hektaren extensiv genutzte Wiesen, Streuegehölze, Hecken sowie Feld und Ufergehölze. Bei den Investitionshilfen für Strukturverbesserungen ging es vor allem um Gebäudesanierungen, welche zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse beitrugen und dem Wohl der Tiere zugute kamen.

Sicherheit und Justiz

Im Departement Sicherheit und Justiz dominierten Gesetzgebungsprozesse und die Umsetzung der eidgenössischen Prozessordnungen. Die hierfür notwendige Teilrevision der Kantonsverfassung wurde am 13. Juni angenommen und das kantonale Justizgesetz vom Kantonsrat im September verabschiedet. Das ganze Paket trat auf Anfang 2011 in Kraft. Der Wechsel vom Untersuchungsrichter- zum Staatsanwaltschaftsmodell führte dazu, dass neu die Staatsanwaltschaft das Vorverfahren leitet, die Untersuchung führt, Anklage erhebt und diese auch vor Gericht vertritt. Hansjörg Ritter, Kommandant der Kantonspolizei, und Willi Baumann, Leiter des Straf- und Massnahmenvollzugs, sind im Laufe des Jahres nach langjähriger Tätigkeit für den Kanton in den Ruhestand getreten. Reto Cavelti als Polizeikommandant und Christian Pfenninger als Leiter des Straf- und Massnahmenvollzugs sind die Nachfolger.

Gerichtswesen. Beim Ausserrhoder Obergericht waren 2010 mit lediglich 28 Verfahren gegenüber dem Vorjahr 40 Prozent weniger Zivilprozesse zu verzeichnen. Hingegen nahm die Anzahl der Strafprozesse mit 18 Fällen um zwölf Prozent zu. 48 Prozent der Fälle wurden innerhalb von drei Monaten erledigt, bei 32 Prozent

der Strafverfahren benötigte das Obergericht zwischen sieben und zwölf Monaten. – Die Eingänge bei den Zivilabteilungen des Kantonsgerichts blieben mit 201 neu eingegangenen Verfahren praktisch unverändert. Pendent waren zudem 150 Verfahren aus dem Vorjahr. Insgesamt konnten 212 Fälle erledigt werden, 140 sind noch pendent. Von den 212 abgeschlossenen Fällen waren 147 Ehescheidungen (Vorjahr 173). Mehr Arbeit hatten die Richter am Kantonsgericht im Bereich der Straffälle. Die Anzahl der neu eingegangenen Fälle war sowohl bei den Abteilungen (14 neue Prozesse) als auch bei den Einzelrichtern (89 neue Prozesse) nochmals angestiegen und übertraf das Niveau der Vorjahre deutlich. Insgesamt haben die Einzelrichterfälle im Berichtsjahr mit 1220 Neueingängen im langjährigen Mittel einen neuen Höchststand erreicht (Vorjahr 1153). Ein Grund dafür ist die sinkende Zahlungsmoral, welche zu einer Zunahme bei den Ausweisungen von Mietern und Pächtern und Verfügungen im Konkursverfahren geführt hat. – Bei den Vermittlerämtern gingen im Berichtsjahr 21 Prozent weniger Begehren ein als im Vorjahr. Gleichzeitig fiel die Erfolgsquote mit 40 Prozent deutlich tiefer aus.

Strafanstalt Gmünden. Die Belegung im offenen Strafvollzug betrug im Jahr 2010 in der Strafanstalt Gmünden 94,2 Prozent. Das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Die Auslastung des kantonalen Gefängnisses lag mit 53 Prozent hingegen auf dem Niveau der Vorjahre. Der Ausländeranteil bei den Straffälligen belief sich auf durchschnittlich 55 Prozent.

Die grössten Ethnien stellten neben den Schweizern Afrikaner (24 Prozent) und Personen aus den Balkanstaaten (14 Prozent). Die meisten Straffälligen (39 Prozent) hatten eine Busse in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt. Danach folgten Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz (14 Prozent) und Diebstahl, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch (14 Prozent). Bei der Dauer machten Strafen bis drei Monate mit 32 Prozent die grösste Gruppe aus. Strafen zwischen drei und sechs Monaten sowie



Die Strafanstalt Gmünden verzeichnete mit einer Belegung von 94,2 Prozent eine rekordverdächtige Auslastung.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

solche zwischen sechs und zwölf Monaten folgten mit 19 respektive 13 Prozent. Beim Alter lagen die 31- bis 40-Jährigen vorne (29 Prozent), danach folgten jene mit 26 bis 30 Jahren (24 Prozent). Zugenommen hat die Anzahl von psychisch beeinträchtigten Straffälligen. Erfreulich hat sich die Situation in den Werkstätten entwickelt: Die Auftragslage war ausgezeichnet.

Kriminalstatistik. Die Gesamtkriminalität lag im Jahr 2010 mit 2851 erfassten Straftaten 10,3 Prozent unter jener des Vorjahres. Insbesondere bei den Delikten nach Schweizerischem Strafgesetzbuch betrug der Rückgang minus neun Prozent oder 222 Tatbestände. In der Gesamttendenz erfuhren nur einzelne wenige Deliktarten wie Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte sowie Fahrzeugeinbruch-diebstahl eine markante Zunahme. Die Gewaltdelikte nahmen um acht Prozent auf 231 Tatbestände ab. Aufgeklärt wurden total 86,6 Prozent der Gewaltdelikte, wobei die Zahl je nach Deliktskategorie unterschiedlich ist und bei den Delikten gegen Leib und Leben bei 92,4 Prozent lag. Die Aufklärungsrate aller StGB-De-likte lag bei 61,2 Prozent. Mit dieser Zahl konnte die Kantonspolizei ihre langjährige hohe Aufklärungsquote (Vorjahr 55 Prozent) nochmals

steigern. Die Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel gingen um 24 Prozent auf 122 Fälle zurück.

Unfallstatistik. Mehr Verkehrsunfälle, mehr Verletzte und zwei Unfälle mit je einem Todesopfer – so lässt sich die Unfallstatistik 2010 kurz zusammenfassen. Die Kantonspolizei musste zu 334 Unfällen ausrücken; das sind 18 mehr als im Vorjahr. Lag die Anzahl der verletzten Personen im Vorjahr noch bei 144, ist diese Zahl im Jahr 2010 auf 157 angestiegen, wobei vor allem die Zahl der Schwerverletzten von 29 auf 45 zugenommen hat. Mit 123 Unfällen machten die Selbstunfälle den grössten Anteil bei den polizeilich registrierten Verkehrsunfällen aus. Den grössten Anteil der Selbstunfälle verursachte die Altersgruppe der 21- bis 30-Jährigen (37 Unfälle), gefolgt von der Altersgruppe der 41- bis 50-Jährigen (18 Unfälle). Die Hauptursachen der Verkehrsunfälle waren einmal mehr das Nichtanpassen der Geschwindigkeit und das Missachten des Vortrittsrechtes. An dritter Stelle folgten die Unfälle, bei denen eine Blutprobe angeordnet werden musste. Insgesamt wurde bei 45 (31 davon alleine bei Selbstunfällen) beteiligten Fahrzeuglenkern und -lenkern eine Blutprobe angeordnet.

Asylwesen. Die Zahl der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen war gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig: minus 16 Personen oder minus 7,7 Prozent. Ende Jahr waren 122 Asylsuchende und 77 vorläufig Aufgenommene, also insgesamt 189 Personen des Asylbereichs, im Kanton gemeldet. Zwölf Personen (Vorjahr 8) erhielten nach dem Ausschluss aus der Sozialhilfe auf Antrag Sachhilfe der Nothilfe. Ein zwangsweiser Vollzug des Asylentscheids war in diesen Fällen nicht möglich. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Nothilfestruktur betrug 132 Tage, im Vorjahr waren es noch 61 Tage gewesen. – Das ehemalige Schulungszentrum Landegg, zwischen Rorschach und Heiden auf der Kantonsgrenze von St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden gelegen, wird vom Ausländeramt des Kantons St. Gallen seit März 2010 als Zentrum für Asylsuchende genutzt. Beschränkte sich die Nutzung bislang auf das Gebäude, das auf St. Galler Kantonsgebiet liegt, wurden ab November 2010 auch die auf Ausserrhoder Gebiet gelegenen Gebäude genutzt. Das bisher von Appenzell Ausserrhoden betriebene Durchgangszentrum Alpenblick, das sich im Dorfzentrum von Wienacht befand, konnte stillgelegt werden.

Bauen und Umwelt

Der Autobahnzubringer Appenzellerland wartet weiterhin auf seine Realisierung. Ein Zeitplan lässt sich nicht angeben, muss doch zuerst in «Bern» ein entsprechender Grundsatzentscheid gefällt werden, was die Netzplanung im Bereich der neuen Nationalstrassen betrifft. Von Seiten des Bundes wurde eine erneute Vernehmlassung bei den Kantonen zur Frage der finanziellen Kompensation für die Übernahme von Strecken ins Nationalstrassennetz durchgeführt. Die aufgezeigten Kompensationsmodelle sind für Ausserrhoden nicht finanzierbar und wurden von Ausserrhoden, nach Absprache mit Innerrhoden, abgelehnt. Nach 26 Dienstjahren als Kantonsingenieur trat Bernhard Meier Ende Januar 2010 in den Ruhestand, seine Nachfolge wurde vom bisherigen stellvertretenden Kantonsingenieur Urban Keller angetreten.

Im *Hochbau* galt das Hauptaugenmerk der Sanierung der Gebäude des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden sowie baulichen Verbesserungen in den Spitälern in Herisau und Heiden. Vorbereitet wurden im Berichtsjahr zudem die bauliche Umnutzung des Zeughauses in Herisau für Belange der Polizei und anderer kantonaler Stellen sowie die Erneuerung und Optimierung der Mensa der Kantonsschule in Trogen.

Im *Tiefbau* wurde neben zahlreichen Belagsanierungen auch ein rund 1000 Meter langes Teilstück der Staatsstrasse zwischen Trogen und Wald vollständig erneuert. Im Berichtsjahr wurden die Strassenraumgestaltungen der Ortsdurchfahrten in Hundwil, Waldstatt, Stein, Schwellbrunn sowie der Werdstrasse in Heiden aufgestellt. Die Anforderungen an den öffentlichen Raum in den ausserrhodischen Strassendörfern haben sich verändert und sind herausfordernd. Es gilt, die Ansprüche des Verkehrs mit denen der Bewohner, des Gewerbes und der übrigen Nutzer und auch mit den ortsbaulichen und architektonischen Gegebenheiten in Einklang zu bringen.

Gesundheit

Im Gesundheitswesen standen die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung (ab 2011) sowie die Vorbereitung der neuen Spitalfinanzierung (ab 2012) und Überarbeitung der Spitalplanung im Vordergrund. Die zum Teil unklaren Vorgaben des Bundes führten zu einem beträchtlichen Mehraufwand. Bei beiden Vorhaben wurden zudem die Umsetzungsfristen als recht knapp beurteilt. Die kantonalen Verantwortlichen waren stark gefordert. Weil in Appenzell Ausserrhoden das Heim- und Spitalwesen traditionell eine wirtschaftlich bedeutende Stellung hat, erwies sich die Umsetzung als äusserst anspruchsvoll, dies gilt sowohl für die öffentlichen als auch für die privaten Institutionen. Die Koordination mit den Nachbarkantonen gestaltete sich ebenfalls recht schwierig. Im Zuge dieser neuen Herausforderungen kam es im Departement Gesundheit auf verschie-

denen Stufen zu organisatorischen und personellen Veränderungen. Ein erster Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht 2012 zeigt, dass sich der Gesundheitszustand der Ausserrhoder Bevölkerung nicht wesentlich von demjenigen in der übrigen Schweiz unterscheidet. In Ausserrhoden fühlten sich 88,8 Prozent der Bevölkerung gesundheitlich gut bis sehr gut.

Spitalverbund. In den drei Betrieben des Spitalverbunds – Psychiatrisches Zentrum (PZA), Spital Herisau und Spital Heiden – wurden im Berichtsjahr rund 9000 Menschen von über 900 Mitarbeitenden behandelt und betreut. In allen drei Betrieben erhöhte sich die Zahl der stationär behandelten Patientinnen und Patienten im Vergleich zum Vorjahr. Das Spital Herisau verzeichnete 4015 Austritte (+117), das Spital Heiden 2294 (+36) und das PZA registrierte 561 (+32) Patienten/Bewohner. Erfreulich entwickelte sich in den beiden Kliniken für Gynäkologie und Geburtshilfe die Zahl der Neugeborenen und erreichte mit 529 (Herisau) und 487 (Heiden) Geburten neue Rekordwerte. Das Jahresergebnis des Spitalverbunds fiel besser aus als budgetiert, insgesamt wurde bei einem Aufwand von rund 104 Mio. Franken ein Ertrag von 72,5 Mio. Franken erwirtschaftet. Der Globalkredit von 31,5 Mio. Franken trug zu einem ausgeglichen Abschluss der Gesamtrechnung bei. Ende Jahr trat Bruno Kägi als Chefarzt des Psychiatrischen Zentrums zurück, er hatte diese Funktion seit 1998 inne. Zu seinem Nachfolger wurde Axel Weiss ernannt, bisher Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes am PZA in Herisau.

Bildung

Die zukünftigen Entwicklungen der Volksschule sowie ein Zusatzbericht zu den Perspektiven der Sekundarstufe I waren im Berichtsjahr wichtige Themen im Bildungsbereich. Eine Herausforderung stellen insbesondere die sinkenden Schülerzahlen dar, welche nicht ohne Auswirkungen auf die Organisation der Schulen in den Gemeinden bleiben. Obwohl der Handlungsbedarf erkannt ist, stiess die

vom Departement Bildung vorgeschlagene Möglichkeit einer deutlichen Reduktion der Zahl der Sekundarschulen und die Kantonalisierung der Trägerschaft der Oberstufe mehrheitlich auf Ablehnung. In der Folge wurde ein ergänzender Bericht in Auftrag gegeben, der die Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess bildet und der sich mit künftigen Schulmodellen, ihren Qualitäts- und Kostenfaktoren sowie der Anzahl der Standorte für Sekundarschulen befasst. Die Ausserrhoder Volksschule zählte im Berichtsjahr 6288 Schülerinnen und Schüler, das sind 3,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Kindergarten hat sich die Zahl der Lernenden stabilisiert, auf der Sekundarstufe I setzte sich der Rückgang fort. Die Lehrstellensituation blieb stabil. Mit 563 neu abgeschlossenen Lehrverträgen wurde sogar ein neuer Höchststand erreicht (Vorjahr 537). 457 junge Frauen und Männer absolvierten eine Lehrabschlussprüfung, 429 Lernende waren dabei erfolgreich

Kantonsschule. Zu Beginn des Schuljahres 2010/11 besuchten insgesamt 681 Lernende die Kantonsschule in Trogen; das sind 60 weniger als im Vorjahr. 368 besuchten das Gymnasium, 56 die Berufsfachschule Wirtschaft mit Berufsmaturität, 64 die Fachmittelschule mit Fachmaturität, 181 die Sekundarschule und 12 das freiwillige 10. Schuljahr. Der Ausbau der Fachmittelschule (FMS) wurde abgeschlossen und die EDK erteilte der Fachmittelschule und der Fachmaturität für die Berufsfelder Gesundheit, Soziale Arbeit und Pädagogik die offizielle Anerkennung.

Berufsbildungszentrum. Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum in Herisau war im Berichtsjahr erstmals seit vielen Jahren gesunken und zwar von 1018 auf 990 Schülerinnen und Schüler. Neben dem erfolgreichen Aufrechterhaltungsaudit des Qualitätsmanagementsystems unterzog sich das BBZ Herisau einer externen Bewertung der Schulqualität. Dabei wurden der Schule eine klare und gut spürbare Führung sowie ein sehr gutes Klima

attestiert. Hinweise auf Verbesserungen im Bereich der Unterrichtsqualität wurden in laufende Projekte einbezogen. Die Fremdbeurteilung der Lehrpersonen durch die Lernenden ergab eine nochmals verbesserte Bewertung. Es zeigte sich, dass die Lernenden die Art und die Qualität des Unterrichts und auch den Umgang der Lehrpersonen mit den Schülerinnen und Schülern schätzen.

Kirchen

Das Jahr 2010 stand für die Evangelisch-reformierte Landeskirche beider Appenzell im Zeichen der Gesamterneuerungswahlen der kirchlichen Behörden. Damit verbunden waren die Auseinandersetzung mit den Legislaturzielen und die Festlegung neuer Ziele für die nun laufende Amtsperiode. Daneben gab es wiederum viele Routinearbeiten, aber auch neue Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen, welche ihrerseits Auswirkungen auf das Wirken der Kirche in der Zukunft haben. – Im Hinblick auf die Legislatur 2010–2014 waren bei den Behörden der Kirchgemeinden und auch bei der Landeskirche Rücktritte von Mitgliedern zu verzeichnen. Erfreulicherweise konnten in den Kirchgemeinden für die vorhandenen Vakanzen in fast allen Fällen neue Mitglieder gefunden werden, die sich für die Kirche und deren Ziele engagieren wollen. Für die zurückgetretene Kirchenrätin Dorothee Dettmers Frey wählte die Sommer-Synode Pfarrerin Barbara Stehle Stäubli aus Schwellbrunn in den Kirchenrat. Sie übernahm das Ressort Theologie und Seelsorge. – Auch im Jahr 2010 stand in den Kirchgemeinden das kirchliche Angebot mit Verkündigung, Seelsorge und Diakonie im Vordergrund. Engagiert wurden die Aufgaben und Herausforderungen durch die Mitglieder der Kirchenvorsteherschaften, die Pfarrpersonen, die übrigen Angestellten sowie durch die freiwillig Mitarbeitenden zu Gunsten der Kirchenglieder und Ratsuchenden bewältigt. – Mit dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden konnten die seit längerem andauernden Verhandlungen betreffend finanzieller Beteiligung des Kantons an

der von der Kirche erbrachten Spitalseelsorge zufriedenstellend abgeschlossen werden. Die Seelsorge ist nun vertraglich in die Betriebsorganisation des Spitalverbundes integriert. Für die seelsorgerische Betreuung der Patientinnen und Patienten in den kantonalen Spitälern Heiden und Herisau sowie im Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden besteht nun ein schriftlicher Leistungsauftrag. Bei dem auf 190 Stellenprozente festgelegten Pensum entfallen 100 Prozent auf die evangelisch-reformierte Landeskirche und 90 Prozent auf die römisch-katholische Kirche.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Die Mediation zwischen den touristischen Organisationen von Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Die Organisationen haben sich unter aktiver Mitwirkung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements Appenzell Innerrhoden, Landammann Daniel Fässler, und der Vorsteherin des Departements für Volks- und Landwirtschaft Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl, auf eine gemeinsame Zielvereinbarung zur Zusammenarbeit im Tourismus geeinigt. Dank der gemeinsam erarbeiteten Grundlagen wurde eine neue Form der Partnerschaft festgelegt. Beiden Organisationen liegt viel an der Zusammenarbeit, und diese soll auch langfristig gestärkt werden. Die kantonalen Tourismusorganisationen bleiben selbständig für ihr Tourismusmarketing zuständig. Zudem wurde vereinbart, dass die im Auftrag von Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden tätigen Tourismusorganisationen weiterhin nach innen und nach aussen unter der gemeinsamen Bildmarke «Appenzellerland. Vom Bodensee bis zum Säntis.» auftreten.

Appenzeller Bahnen. Fünf Mio. Fahrgäste nutzten 2010 das Streckennetz der Appenzeller Bahnen (AB). Die Verkehrserträge sind 2010 gestiegen – so weit, dass die Appenzeller Bahnen die 236 000 Franken kompensieren konn-



Die Appenzeller Bahnen beförderten rund fünf Millionen Fahrgäste.

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

ten, um die der Bund die Abgeltungsleistungen kürzte. Abgeltungen machten trotzdem den grössten Teil des Umsatzes aus: Rund 24,5 Mio. Franken zahlten die Besteller. Die Verkehrserträge lagen bei 10,8 Mio. Franken. Trotzdem sank der Umsatz leicht, von 41,9 auf 41,2 Mio. Franken.

Unter dem Strich schaute auch ein höherer Gewinn heraus: Der Betriebserfolg lag bei 713 000 Franken, gegenüber 89 000 Franken im Vorjahr. Der hohe Jahresgewinn von 3,2 Mio. Franken ergab sich aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen. Als Folge der Liquidation Pensionskasse Ascoop mussten die Mitarbeitenden einen Lohnverzicht von 2,5 Prozent hinnehmen. Der Lohnverzicht wurde durch eine generelle Lohnerhöhung von 1,5 Prozent abgefedert. Die AB investierten rund 10,8 Mio. Franken in Erneuerungen, das neue Stellwerk in Herisau und die Sanierung von Bahnübergängen. Letzteres werde in den nächsten Jahren noch viel zu tun geben, muss die AB doch bis 2014 300 Bahnübergänge erneuern.

Säntis-Schwebebahn. Das Jahr 2010 hat der Säntis-Schwebebahn witterungsbedingt erneut unterdurchschnittliche Zahlen beschert. Die schlechten bis mässigen Wetterverhältnisse bis weit in die zweite Jahreshälfte, unterbrochen durch einige wenige anhaltend schöne

Wochen zu Beginn der Sommerferien, liessen sogar markant schlechtere Umsätze als im Jahr zuvor erwarten. Doch der sonnige Spätsommer stoppte schliesslich die mehrmonatige Baisse, bis der frühe Wintereinbruch Mitte Oktober die Wander- und Ausflugszeit wieder abrupt beendete und mit aller Deutlichkeit aufzeigte, wie wetterabhängig der Tagestourismus ist. Mit 386 922 Passagieren hat die Säntisbahn gut 15 000 Gäste mehr befördert als im Vorjahr. Das Betriebsergebnis ist mit 2,17 Mio. Franken um gut 100 000 Franken besser ausgefallen als im Vorjahr. Budgetiert wurden 2,95 Mio. Franken – allerdings bei einem erwarteten Ziel von 450 000 Passagieren. Dass dennoch ein Bruttoertrag von 14,05 Mio. Franken – und damit ein Wert, der im langjährigen Durchschnitt liegt – zustande kam, ist dem vergleichsweise guten Ertrag aus der Gastronomie von 7,205 Mio. Franken zu verdanken.

Kultur

Mit der Genehmigung der Museumsstrategie durch den Regierungsrat ist ein weiterer Schritt in der Umsetzung des Kulturkonzepts getan worden. Die «neue Museumswelt von Appenzell Ausserrhoden» hat vor allem eine stärkere Vernetzung und Kooperation unter den Museen zum Ziel. – Für die Unterstützung von vier Museen, vier Gemeindebibliotheken mit regio-

ner Ausstrahlung und sieben Kulturinstitutionen von kantonaler Bedeutung sprach der Regierungsrat aus dem Kulturfonds einen Jahresbetrag von 701 000 Franken. Die Unterstützungsbeiträge sind an eine Leistungsvereinbarung geknüpft, die der Kanton mit den Institutionen abgeschlossen hat. – Ein Höhepunkt im Berichtsjahr war erneut das jährlich drei Mal erscheinende Kulturblatt «Obacht Kultur», welches sich den unterschiedlichsten Themen auf überraschende und ungewöhnliche Art annimmt und damit über die Grenzen des Kantons hinaus auf steigende Beachtung stösst.

Kulturstiftung. Die Ausserrhodische Kulturstiftung vergab 2010 Werk- und Förderbeiträge in den Sparten Bildende Kunst, Musik, Literatur und Tanz sowie einen Produktionsbeitrag für Peter Liechi. «Junge, neue Gesichter neben gestandenen Kunstschaaffenden» – dies ist das Fazit der insgesamt sehr qualitätsvollen Werkbeitrags-Jurierung. In der Bildenden Kunst kamen zwei Künstler zum Zug sowie eine Künstlerin: David Berweger (Bürger von Stein) arbeitet mit fotografischen Collagen und schafft Skulpturen.

Der in Waldstatt lebende Fotograf Georg Gatsas erweitert seine bekannten Porträtarbeiten um atmosphärische Landschaftsaufnahmen. Mit Malerei und Collagen überrascht

die in Speicher lebende Brenda Osterwalder. Drei Werkbeiträge sowie ein Förderbeitrag wurden in der Sparte Musik vergeben. Der Teufner Sänger Manuel Walser wird beim Besuch von Meisterkursen unterstützt, Franziska Schiltknecht («Hop o my thumb») erhält einen Beitrag für ihr Soloprojekt «Stimmenfeuer Frau» und der Gitarrist und Komponist Antonio Malinconico für eine musikalische Erkundung seiner neapolitanischen Heimat. Schliesslich ging ein Förderbeitrag an den Jazzsaxophonisten Tobias Meier für einen Studienaufenthalt in New York. In der Sparte Literatur, Theater, Tanz ging ein Werkbeitrag an die junge, in Wald aufgewachsene Autorin Rebecca Christine Schnyder für ihre Theatertexte «Das Haus» und «Über dem Tal». Die in Herisau aufgewachsene Tänzerin Christa Näf erhielt einen Beitrag zugunsten ihrer choreographischen Recherchen, und die Tänzerin Marianne Tobler (Rehetobel/Basel) erhielt einen Beitrag für ein Soloprojekt. Ausserhalb der üblichen Jurierungen sprach die Kulturstiftung einen namhaften Produktionsbeitrag an das jüngste Projekt des Filmers Peter Liechi: «Vaters Garten». – An der Spitze der Kulturstiftung löste Barbara Auer, Herisau, Niklaus Sturzenegger, Trogen, ab. Dieser hatte die Stiftung als Vizepräsident nach dem Rücktritt von Gabriele Barbey ein Jahr lang interimistisch geführt.



Diese zehn Künstlerinnen und Künstler wurden von der Kulturstiftung mit Werk- und Förderbeiträgen unterstützt: David Berweger, Christa Näf, Marianne Tobler, Rebecca C. Schnyder und Tobias Meier (hinten von links); Georg Gatsas, Brenda Osterwalder, Franziska Schiltknecht, Antonio Malinconico und Manuel Walser (vorne von links).

(Bild: Archiv Appenzeller Zeitung)

Verschiedenes

Am Parteitag der Ausserrhoder Sozialdemokraten wurde der Herisauer Yves Noël Balmer zum neuen Präsidenten der Kantonalpartei gewählt. Balmer trat die Nachfolge von Ivo Müller-Speicher, an, der die Partei während fünf Jahren geführt hatte. – Im festlichen Rahmen feierte der Appenzeller Plusport-Verband das Jubiläum seines 50-jährigen Bestehens. An der gleichen Versammlung wurde das Zusammengehen mit dem Appenzellischen Turnverband beschlossen. Der Fusion erwuchs keine Opposition, wohl auch darum, weil trotz intensiven Bemühungen weder ein Präsident noch ein Technischer Leiter für Plusport gefunden werden konnten. – Ende April reichte die Ausserrhoder SP eine von 500 Stimmberechtigten unterzeichnete Volksinitiative ein, welche die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer abschaffen will. – Gastro AR, der Verein der Aus-

serrhoder Wirtinnen und Wirte, lancierte eine Initiative gegen das Ausserrhoder Rauchergesetz. Die Initiative verlangt, dass im Kanton in Sachen Rauchen in öffentlichen Räumen das liberalere Bundesgesetz gelten soll, welches das Rauchen in Restaurants bis 80 Quadratmeter zulässt. – Die FDP. Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden feierten das Jubiläum ihres 100-jährigen Bestehens im Beisein zahlreicher Gäste. Die Partei nutzte das Jubiläum dazu, nach vorne zu schauen. Mit einem neuen Parteiprogramm will die FDP im und für den Kanton Akzente setzen. – Die Leserinnen und Leser der Appenzeller Zeitung wählten den Gaiser Schwinger Michael Bless zum «Appenzeller des Jahres». Den zweiten Platz belegte der abgetretene Bundesrat Hans-Rudolf Merz vor dem Ausserrhoder Regierungsrat Köbi Frei, der in einer Umfrage der «Bilanz» zum besten Finanzdirektor der Schweiz erkoren wurde.